



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 13. August 2012 (03.09)
(OR. en)**

13134/12

PUBLIC 50

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES MAI 2012

Dieses Dokument enthält

- in ANLAGE I eine Aufstellung der vom Rat im MAI 2012 angenommenen Rechtsakte^{1 2};
- in ANLAGE II weitere Einzelheiten zu der Annahme dieser Rechtsakte. TEIL I enthält Informationen zur Annahme der Rechtsakte, wie das Datum der Annahme, die entsprechende Tagung des Rates, die Nummer des angenommenen Dokuments und gegebenenfalls die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse, die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll. TEIL II enthält Informationen zur Annahme sonstiger Rechtsakte, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

² Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären beider Organe unterzeichnet wurden.

Dieses Dokument ist auch über die Website <http://www.consilium.europa.eu> (Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung– Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates) zugänglich.

Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente (<http://consilium.europa.eu> (Zugang zu Dokumenten des Rates: Öffentliches Register) abgerufen werden.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Rechtsakte (zugänglich über <http://consilium.europa.eu> unter der Rubrik Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – Ratsprotokolle).

**AUFSTELLUNG DER VOM RAT
IM MAI 2012 ANGENOMMENEN RECHTSAKTE**

3163. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wirtschaft und Finanzen) vom 2. Mai 2012 in Brüssel

Verordnung (EU) Nr. 389/2012 des Rates vom 2. Mai 2012 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Verbrauchsteuern und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2073/2004
ABl. L 121 vom 8.5.2012, S. 1-15

Schriftliches Verfahren vom 3. Mai 2012

Beschluss 2012/237/GASP des Rates vom 3. Mai 2012 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Republik Guinea-Bissau gefährdende Personen, Organisationen und Einrichtungen
ABl. L 119 vom 4.5.2012, S. 43-46

Verordnung (EU) Nr. 377/2012 des Rates vom 3. Mai 2012 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Republik Guinea-Bissau gefährdende Personen, Organisationen und Einrichtungen
ABl. L 119 vom 4.5.2012, S. 1-8

3164. Tagung des Rates der Europäischen Union (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) vom 10./11. Mai 2012 in Brüssel

Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. L 167 vom 27.6.2012, S. 1-123

Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass eines Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über eine weitere Makrofinanzhilfe für Georgien
Dok. 5682/1/12 REV 1 ADD 1

Verordnung (EU) Nr. 423/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates hinsichtlich bestimmter Vorschriften zu Risikoteilungsinstrumenten für Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind
ABl. L 133 vom 23.5.2012, S. 1-6

Verordnung (EU) Nr. 465/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004
ABl. L 149 vom 8.6.2012, S. 4-10

Richtlinie 2012/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 zur Änderung der Richtlinie 89/666/EWG des Rates sowie der Richtlinien 2005/56/EG und 2009/101/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern

ABl. L 156 vom 16.6.2012, S. 1-9

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung, im Namen der Union, und über die vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten
Dok. 8174/12

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung, im Namen der Union, und über die vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Macau der Volksrepublik China über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten

Dok. 8178/12

Festlegung des gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union für die 37. Tagung des EWR - Rates

Dok. 9475/12 + COR 1 + REV 1 (pl)

Gemeinsamer Standpunkt 2001/931/GASP des Rates über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 des Rates über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus

Dok. 9254/12 ADD 1 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates zur Digitalisierung und Online-Zugänglichkeit von kulturellem Material und zu dessen digitaler Bewahrung

Dok. 8832/12 + REV 1 (lv) + REV 2 (da) + COR 1 (ro)

Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Doping im Freizeitsport

Dok. 8838/12 + COR 1 + COR 2 (cs) + COR 3 (pl) + COR 4 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates zur Beschäftigungsfähigkeit von Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Bildungsgänge

Dok. 9100/12 + REV 1 (el)

Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung des Kreativitäts- und Innovationspotenzials junger Menschen

Dok. 8700/12 + REV 1 (pl) + REV 1 (el)

3165. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft und Fischerei) vom 14./15. Mai 2012 in Brüssel

2012/374/EU: Beschluss des Rates vom 14. Mai 2012 über die Unterzeichnung eines Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Zentralafrikanischen Republik über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union (FLEGT)

ABl. L 191 vom 19.7.2012, S. 102-102

2012/373/EU: Beschluss des Rates vom 14. Mai 2012 über den Abschluss des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union
ABl. L 191 vom 19.7.2012, S. 1-1

3167. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wirtschaft und Finanzen) vom 15. Mai 2012 in Brüssel

Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012 – Standpunkt des Rates
ABl. C 141 vom 17.5.2012, S. 25-25

2012/280/EU: Beschluss des Rates vom 15. Mai 2012 zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Banque de France
ABl. L 137 vom 26.5.2012, S. 5-5

Schlussfolgerungen des Rates zum System "Target-2-Securities"
Dok. 9605/1/12 REV 1

Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union
Dok. 7770/12

Mitteilung der Kommission zur Zukunft der Mehrwertsteuer – Schlussfolgerungen des Rates
Dok. 9586/12 + COR 1 + REV 1 (el, pt, sv)

Schlussfolgerungen des Rates "Ernennungen für den Rat des globalen Klimaschutzfonds"
Dok. 9856/12

Bericht über die Bevölkerungsalterung 2012 – Schlussfolgerungen des Rates zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vor dem Hintergrund der Bevölkerungsalterung
Dok. 9492/2/12 REV 2

Schlussfolgerungen des Rates zur Klimaschutzfinanzierung – Anschubfinanzierung
Dok. 9017/2/12 REV 2

3168. Tagung des Rates der Europäischen Union (Allgemeine Angelegenheiten) vom 29. Mai 2012 in Brüssel

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 2/2012: Finanzinstrumente für KMU mit Kofinanzierung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
Dok. 10058/12

Vorbereitung des Gipfeltreffens EU-Russland (St. Petersburg, 3./4. Juni 2012)
Dok. 9828/12
Schlussfolgerungen des Rates zu Kroatien
Dok. 9861/12

Beschluss 2012/281/GASP des Rates vom 29. Mai 2012 im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie zur Unterstützung des Vorschlags der Union für einen Internationalen Verhaltenskodex für Weltraumtätigkeiten

ABl. L 140 vom 30.5.2012, S. 68-73

Schlussfolgerungen des Rates zum Gesamtansatz für Migration und Mobilität
Dok. 9417/12

Schriftliches Verfahren vom 29. Mai 2012

51. Sitzung des OTIF-Sachverständigenausschusses über die Beförderung gefährlicher Güter am 30./31. Mai 2012 in Bern – Koordinierung des Standpunkts der EU

Dok. 10367/12

3169. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wettbewerbsfähigkeit) vom 30./31. Mai 2012 in Brüssel

Verordnung (EU) Nr. 531/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (Text von Bedeutung für den EWR)

ABl. L 172 vom 30.6.2012, S. 10-35

Verordnung (EU) Nr. 529/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1342/2007 des Rates über die Verwaltung bestimmter Einfuhrbeschränkungen für bestimmte Eisen- und Stahlerzeugnisse aus der Russischen Föderation

ABl. L 172 vom 30.6.2012, S. 1-2

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern

Dok. PE-CONS 19/12

Schlussfolgerungen des Rates zum digitalen Binnenmarkt und zur Binnenmarktsteuerung
Dok. 9958/12

Schlussfolgerungen des Rates zu Europäischen Innovationspartnerschaften
Dok. 10220/12

3170. Tagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten/Handel) vom 31. Mai 2012 in Brüssel

2012/292/EU: Beschluss des Rates vom 31. Mai 2012 über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau zum Schutz geografischer Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel im Namen der Union

ABl. L 147 vom 7.6.2012, S. 1-1

Beschluss des Rates zur Unterzeichnung – im Namen der Union – des Handelsübereinkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits und über die vorläufige Anwendung dieses Übereinkommens
Dok. 14759/11 + REV 1 (cs)

Festlegung des Standpunkts der Europäischen Union für die achte Tagung des Stabilitäts- und Assoziationsrates EU-Kroatien (Brüssel, 6. Juni 2012)
Dok. 10354/12

Schlussfolgerungen des Rates über den Dialog mit Georgien über Visumfragen
Dok. 10377/12

Beschluss des Rates über den Antrag der Europäischen Union auf Änderung von Anhang III des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES)
Dok. 9494/12

Schriftliches Verfahren vom 31. Mai 2012

Beschluss 2012/285/GASP des Rates vom 31. Mai 2012 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Republik Guinea-Bissau gefährdende Personen, Organisationen und Einrichtungen und zur Aufhebung des Beschlusses 2012/237/GASP
ABl. L 142 vom 1.6.2012, S. 36-46

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 458/2012 des Rates vom 31. Mai 2012 zur Durchführung des Artikels 11 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 377/2012 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Republik Guinea-Bissau gefährdende Personen, Organisationen und Einrichtungen
ABl. L 142 vom 1.6.2012, S. 11-15

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE MAI 2012			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
3163. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wirtschaft und Finanzen) vom 2. Mai 2012 in Brüssel Verordnung (EU) Nr. 389/2012 des Rates vom 2. Mai 2012 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Verbrauchsteuern und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2073/2004	7314/12	Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
3164. Tagung des Rates der Europäischen Union (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) vom 10./11. Mai 2012 in Brüssel Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (Text von Bedeutung für den EWR)	PE-CONS 3/2/12 REV 2	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer CZ, AT: Enthaltung DK:dagegen
Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass eines Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über eine weitere Makrofinanzhilfe für Georgien	5682/1/12 REV 1 ADD 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung (EU) Nr. 423/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates hinsichtlich bestimmter Vorschriften zu Risikoteilungsinstrumenten für Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind	PE-CONS 15/1/12 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung (EU) Nr. 465/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004	PE-CONS 11/12	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer IE: Enthaltung

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE MAI 2012			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Richtlinie 2012/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 zur Änderung der Richtlinie 89/666/EWG des Rates sowie der Richtlinien 2005/56/EG und 2009/101/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern	PE-CONS 5/12	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung des Rates "Diese Richtlinie und die dafür nötigen Finanzierungsmodalitäten präjudizieren nicht die laufenden Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen. Außerdem sollte jedwede Finanzierung, die unter dem gegenwärtigen Finanzrahmen für diese Richtlinie erforderlich ist, vollständig aus den vorhandenen Haushaltsmitteln bestritten werden."			
3167. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wirtschaft und Finanzen) vom 15. Mai 2012 in Brüssel Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012 – Standpunkt des Rates	9556/12	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer UK: Enthaltung
3169. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wettbewerbsfähigkeit) vom 30./31. Mai 2012 in Brüssel Verordnung (EU) Nr. 531/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (Text von Bedeutung für den EWR)	PE-CONS 20/12 + COR 1 (de)	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE MAI 2012			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung (EU) Nr. 529/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1342/2007 des Rates über die Verwaltung bestimmter Einfuhrbeschränkungen für bestimmte Eisen- und Stahlerzeugnisse aus der Russischen Föderation	PE-CONS 17/12	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern	PE-CONS 19/12	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE MAI 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schriftliches Verfahren vom 3. Mai 2012 Beschluss 2012/237/GASP des Rates vom 3. Mai 2012 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Republik Guinea-Bissau gefährdende Personen, Organisationen und Einrichtungen Dok. 5246/2/11 ADD 1 REV 2 Verordnung (EU) Nr. 377/2012 des Rates vom 3. Mai 2012 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Republik Guinea-Bissau gefährdende Personen, Organisationen und Einrichtungen Dok. 5256/11 ADD 1 REV 2 3164. Tagung des Rates der Europäischen Union (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) vom 10./11. Mai 2012 in Brüssel Beschluss des Rates über die Unterzeichnung, im Namen der Union, und über die vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten Dok. 8174/12 Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission "Unter anderem aus pragmatischen Erwägungen heraus ist es vorzuziehen, dass das Abkommen mit der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten allein von der Union geschlossen wird. Die gleichen Überlegungen würden in Bezug auf ähnliche Abkommen gelten, solange sie im Einklang mit dem durch Ratsbeschluss vom 5. Juni 2003 erteilten Mandat über die Ersetzung bestimmter Bestimmungen in bestehenden bilateralen Abkommen geschlossen werden und nicht über die Grenzen dieses Mandats hinausgehen. Dieser Beschluss bildet keinen Präzedenzfall für die Ausübung der jeweiligen Befugnisse der Union und ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf andere als die obengenannten Abkommen, z.B. Abkommen im Sinne des Beschlusses des Rates vom 5. Juni 2003 zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Bereich des Luftverkehrs aufzunehmen, die als gemischte Abkommen zu schließen sind. Dieser Beschluss schafft weder neue Zuständigkeiten der Union in Bezug auf externe Abkommen über Luftverkehrsdienste noch berührt er die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten."	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSÄKTE
MAI 2012**

SONSTIGE RECHTSÄKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Beschluss des Rates über die Unterzeichnung, im Namen der Union, und über die vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Macau der Volksrepublik China über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten Dok. 8178/12 Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission "Unter anderem aus pragmatischen Erwägungen heraus ist es vorzuziehen, dass das Abkommen mit der Sonderverwaltungsregion Macau der Volksrepublik China über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten allein von der Union geschlossen wird. Die gleichen Überlegungen würden in Bezug auf ähnliche Abkommen gelten, solange sie im Einklang mit dem durch Ratsbeschluss vom 5. Juni 2003 erteilten Mandat über die Ersetzung bestimmter Bestimmungen in bestehenden bilateralen Abkommen geschlossen werden und nicht über die Grenzen dieses Mandats hinausgehen. Dieser Beschluss bildet keinen Präzedenzfall für die Ausübung der jeweiligen Befugnisse der Union und ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf andere als die obengenannten Abkommen, z.B. Abkommen im Sinne des Beschlusses des Rates vom 5. Juni 2003 zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Bereich des Luftverkehrs aufzunehmen, die als gemischte Abkommen zu schließen sind. Dieser Beschluss schafft weder neue Zuständigkeiten der Union in Bezug auf externe Abkommen über Luftverkehrsdienste noch berührt er die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten." Festlegung des gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union für die 37. Tagung des EWR-Rates Dok. 9475/12 + COR 1 + REV 1 (pl) Gemeinsamer Standpunkt 2001/931/GASP des Rates über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 des Rates über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus Dok. 9254/12 ADD 1 REV 1 Schlussfolgerungen des Rates zur Digitalisierung und Online-Zugänglichkeit von kulturellem Material und zu dessen digitaler Bewahrung Dok. 8832/12 + REV 1 (lv) + REV 2 (da) + COR 1 (ro) Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Doping im Freizeitsport Dok. 8838/12 + COR 1 + COR 2 (cs) + COR 3 (pl) + COR 4	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE MAI 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zur Beschäftigungsfähigkeit von Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Bildungsgänge Dok. 9100/12 + REV 1 (el) Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung des Kreativitäts- und Innovationspotenzials junger Menschen Dok. 8700/12 + REV 1 (pl) + REV 1 (el) 3165. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft und Fischerei) vom 14./15. Mai 2012 in Brüssel 2012/374/EU: Beschluss des Rates vom 14. Mai 2012 über die Unterzeichnung eines Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Zentralafrikanischen Republik über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union (FLEGT) Dok. 14034/11 2012/373/EU: Beschluss des Rates vom 14. Mai 2012 über den Abschluss des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union Dok. 11104/11 3167. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wirtschaft und Finanzen) vom 15. Mai 2012 in Brüssel 2012/280/EU: Beschluss des Rates vom 15. Mai 2012 zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Banque de France Dok. 8616/12 Schlussfolgerungen des Rates zum System "Target-2-Securities" Dok. 9605/1/12 REV 1 Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union Dok. 7770/12	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSÄKTE MAI 2012	
SONSTIGE RECHTSÄKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Mitteilung der Kommission zur Zukunft der Mehrwertsteuer – Schlussfolgerungen des Rates Dok. 9586/12 + COR 1 + REV 1 (el, pt, sv) Schlussfolgerungen des Rates "Ernennungen für den Rat des globalen Klimaschutzfonds" Dok. 9856/12 Bericht über die Bevölkerungsalterung 2012 – Schlussfolgerungen des Rates zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vor dem Hintergrund der Bevölkerungsalterung Dok. 9492/2/12 REV 2 Schlussfolgerungen des Rates zur Klimaschutzfinanzierung – Anschubfinanzierung Dok. 9017/2/12 REV 2 3168. Tagung des Rates der Europäischen Union (Allgemeine Angelegenheiten) vom 29. Mai 2012 in Brüssel Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 2/2012: Finanzinstrumente für KMU mit Kofinanzierung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung Dok. 10058/12 Vorbereitung des Gipfeltreffens EU-Russland (St. Petersburg, 3./4. Juni 2012) Dok. 9828/12 Schlussfolgerungen des Rates zu Kroatien Dok. 9861/12 Beschluss 2012/281/GASP des Rates vom 29. Mai 2012 im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie zur Unterstützung des Vorschlags der Union für einen Internationalen Verhaltenskodex für Weltraumtätigkeiten Dok. 9181/12 Schlussfolgerungen des Rates zum Gesamtansatz für Migration und Mobilität Dok. 9417/12 Schriftliches Verfahren vom 29. Mai 2012	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSÄKTE
MAI 2012**

SONSTIGE RECHTSÄKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
51. Sitzung des OTIF-Sachverständigenausschusses über die Beförderung gefährlicher Güter am 30./31. Mai 2012 in Bern – Koordinierung des Standpunkts der EU Dok. 10367/12	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer CY, PT, PL: Enthaltung
Erklärung Italiens zum Standpunkt der EU für die Sitzung des RID-Sachverständigenausschusses am 30./31. Mai 2012 "Italien respektiert die Auffassungen, die die Mitgliedstaaten in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für den Gefahrguttransport am 22. Mai 2012 zum Ausdruck gebracht haben, möchte jedoch darauf hinweisen, dass die nationale italienische Untersuchungsbehörde nach dem Unfall von Viareggio die spezifische Empfehlung ausgesprochen hat, Eisenbahnwagen, in denen gefährliche Güter transportiert werden, mit bestimmten Vorrichtungen auszustatten, und dabei die obligatorische Einführung dieser Vorrichtungen sowohl für die ältesten wie auch die jüngsten und für fabrikneue Wagen als PRIORITÄR bezeichnet hat. Die nationale italienische Untersuchungsbehörde hat dies aus zwei Gründen getan, die sie auch auf jüngsten internationalen Tagungen dargelegt hat: (1) Der Unfall von Viareggio hätte aller Voraussicht nach weit weniger gravierende Auswirkungen gehabt, wenn die beginnende unregelmäßige Fahrbewegung des Zuges mithilfe der betreffenden Vorrichtungen hätte festgestellt werden können, die durch das automatische Auslösen der Bremsen eine unmittelbare Verringerung der kinetischen Energie des Wagens wie auch des Zuges insgesamt bewirkt hätten. (2) Diese Vorrichtungen können im Rahmen eines Nachrüstungsprogramms innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums eingeführt werden, wobei die Kosten pro Eisenbahnwagen (1000 bis 2000 EUR) im Vergleich zum kommerziellen Wert eines solchen Wagens sehr niedrig wären. Italien möchte ferner darauf aufmerksam machen, dass die Verpflichtung zur Ausstattung der Eisenbahnwagen mit den DDD-Vorrichtungen nicht - wie von der Europäischen Eisenbahnagentur vermutet (deren Bericht der Europäischen Kommission als Grundlage für ihre ablehnende Haltung zu DDD diente) - zu einer Wettbewerbsverzerrung führen würde; vielmehr würde die NICHT-Einführung dieser Systeme zu einer Verzerrung führen, da in erster Linie die Marktteilnehmer, die an den sicherheitstechnischen Grenzen der bewährten Mindeststandards operieren, Liefer- und Wartungsaufträge erhielten. Daher wäre die Ausstattung der Wagen mit den DDD-Vorrichtungen so lange eine einfache und kostengünstige Lösung, bis das System für die obligatorische Wartung der wesentlichen Sicherheitskomponenten, das Gegenstand der Empfehlungen der nationalen italienischen Ermittlungsbehörde zum Unfall von Viareggio ist, in einem neuen Rechtsrahmen Anwendung findet. Bei einer freiwilligen Einführung bestünde das Risiko, dass die Hersteller bzw. die Eigentümer von Eisenbahnwagen von sich aus eine Wahl treffen und unter anderem eher auf Billigwerkstätten für die Wartung zurückgreifen und aus rein kommerziellen Gründen einer Minimierung der Kosten auf potenziell nützliche Sicherheitsmaßnahmen verzichten könnten. Italien nimmt das Ergebnis der Sitzung der Ratsgruppe vom 24. Mai 2012 zum Thema DDD zur Kenntnis und bekräftigt sein entschlossenes Eintreten für eine verbindliche Einführung der DDD-Vorrichtungen, die in allen – vorrangig jedoch älteren – Eisenbahnwagen, in denen gefährliche Güter transportiert werden, installiert werden müssten, und bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass die Kommission sich in der Zukunft für einen verbindlichen Ansatz entscheidet."	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE MAI 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3169. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wettbewerbsfähigkeit) vom 30./31. Mai 2012 in Brüssel Schlussfolgerungen des Rates zum digitalen Binnenmarkt und zur Binnenmarktsteuerung Dok. 9958/12 Schlussfolgerungen des Rates zu Europäischen Innovationspartnerschaften Dok. 10220/12 3170. Tagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten/Handel) vom 31. Mai 2012 in Brüssel 2012/292/EU: Beschluss des Rates vom 31. Mai 2012 über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau zum Schutz geografischer Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel im Namen der Union Dok. 8739/12 Beschluss des Rates zur Unterzeichnung – im Namen der Union – des Handelsübereinkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits und über die vorläufige Anwendung dieses Übereinkommens Dok. 14759/11 + REV 1 (cs) Erklärung des Rates "Sollte die Durchführung des Übereinkommens durch die Europäische Union Maßnahmen gemäß Teil III Titel V des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erforderlich machen, so werden die Bestimmungen des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokolls über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts uneingeschränkt geachtet."	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSÄKTE
MAI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Erklärung des Vereinigten Königreichs "Enthält ein Übereinkommen der Union Bestimmungen, die in den Anwendungsbereich des Protokolls Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts fallen, so sind diese Bestimmungen für das Vereinigte Königreich als Teil der Union nur bindend, wenn das Vereinigte Königreich mitgeteilt hat, dass es sich gemäß Protokoll Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts an dem jeweiligen Ratsbeschluss über die Unterzeichnung und den Abschluss des Übereinkommens beteiligen möchte. Ist eine solche Mitteilung nicht erfolgt, so binden die betreffenden Bestimmungen das Vereinigte Königreich in seiner Eigenschaft als Staat, wenn es sich bei dem betreffenden Übereinkommen um ein gemischtes Übereinkommen handelt und das Vereinigte Königreich und die Union innerhalb ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche Vertragsparteien des Übereinkommens sind." Erklärung des Vereinigten Königreichs, Lettlands, Rumäniens und Deutschlands "Das Vereinigte Königreich, Lettland, Rumänien und Deutschland weisen darauf hin, dass, sofern dieser Ratsbeschluss die vorläufige Anwendung in Bereichen vorsieht, die in die geteilte Zuständigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten fallen, dies die Mitgliedstaaten nicht daran hindert, im Einklang mit der Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit in denjenigen Zuständigkeitsbereichen tätig zu werden, die nicht in den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens fallen." Erklärung Ungarns "Für den Fall, dass es erforderlich sein sollte, für die vorläufige Anwendung – durch die Europäische Union – derjenigen Teile des Handelsübereinkommens (zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie Peru und Kolumbien), für die die geteilte Zuständigkeit gilt, die ungarischen Rechtsvorschriften zu ändern, erklärt Ungarn, dass diese Änderungen aufgrund der Rechtsordnung Ungarns in Verbindung mit dem einzelstaatlichen Ratifikationsprozess, den Ungarn so schnell wie möglich einleiten wird, erfolgen werden. Sollten hinsichtlich etwaiger erforderlicher Änderungen Schwierigkeiten auftreten, so stimmt sich Ungarn mit der Europäischen Kommission ab, um die vorläufige Anwendung des Abkommens in gutem Glauben zu gewährleisten." Erklärung der Europäischen Kommission "Die Kommission nimmt die Erklärung Ungarns zur Kenntnis und erinnert an ihren Standpunkt, dass alle Aspekte des Handelsübereinkommens mit Peru und Kolumbien und somit des Beschlusses des Rates über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fallen (Artikel 207 AEUV und Artikel 91 und 100 AEUV in Verbindung mit Artikel 3 Absatz 2 AEUV). Dementsprechend geht die Kommission nicht davon aus, dass es notwendig werden könnte, ein Verfahren nach Artikel 258 AEUV wegen Nichtanwendung dieses Beschlusses in einem Bereich geteilter Zuständigkeit einzuleiten." Erklärung Österreichs "Die Republik Österreich erklärt hinsichtlich der vorläufigen Anwendung – durch die Europäische Union – des Handelsübereinkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits, dass sie diejenigen Teile des Übereinkommens, die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten berühren, unter Umständen erst nach Abschluss aller für das Inkrafttreten des Übereinkommens erforderlichen internen Verfahren anwenden wird. Die Republik Österreich wird ihre internen Verfahren so schnell wie möglich einleiten und sich im Fall etwaiger Schwierigkeiten mit der Europäischen Kommission abstimmen."	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
MAI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE

Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen

Erklärung der Europäischen Kommission

"Die Kommission nimmt die Erklärung der Republik Österreich zur Kenntnis und erinnert an ihren Standpunkt, dass alle Aspekte des Handelsübereinkommens mit Peru und Kolumbien und somit des Beschlusses des Rates über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fallen (Artikel 207 AEUV und Artikel 91 und 100 AEUV in Verbindung mit Artikel 3 Absatz 2 AEUV). Dementsprechend geht die Kommission nicht davon aus, dass es notwendig werden könnte, ein Verfahren nach Artikel 258 AEUV wegen Nichtanwendung dieses Beschlusses in einem Bereich geteilter Zuständigkeit einzuleiten."

Erklärung Portugals

"Auf der Grundlage der Achtung der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten, wie sie in den Verträgen festgelegt ist, berührt der Beschluss des Rates über die vorläufige Anwendung des Handelsübereinkommens zwischen der EU sowie Kolumbien und Peru nicht die Entscheidungsfreiheit Portugals in den Fragen, in denen Portugal nationale Zuständigkeit hat; die Entscheidung Portugals, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, hängt vom Abschluss der internen Ratifikationsverfahren im Einklang mit den verfassungsrechtlichen Grundsätzen und Vorschriften ab."

Erklärung Schwedens

"Schweden stellt fest, dass es gemäß seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften erforderlich sein wird, für die vorläufige Anwendung – durch die Europäische Union – der Artikel 189 und 290 des Handelsübereinkommens zwischen der EU sowie Peru und Kolumbien die schwedischen Rechtsvorschriften zu ändern. Schweden erklärt außerdem, dass es die nötigen Änderungen so schnell wie möglich einleiten wird."

Erklärung Finnlands

"Finnland erklärt hinsichtlich der vorläufigen Anwendung – durch die Europäische Union – des Handelsübereinkommens zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie Kolumbien und Peru, dass es diejenigen Teile des Übereinkommens, die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten berühren, erst nach Abschluss aller für das Inkrafttreten des Übereinkommens erforderlichen internen Verfahren anwenden kann."

Erklärung der Europäischen Kommission

"Nach Auffassung der Kommission erfordert Artikel 201 ('Schutz der biologischen Vielfalt und des traditionellen Wissens') des Handelsübereinkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits nicht, dass die Mitgliedstaaten der EU zusätzliche Durchführungsmaßnahmen erlassen."

Erklärung der Europäischen Kommission

"Die Kommission bekräftigt ihren Standpunkt, dass alle Aspekte des Handelsübereinkommens mit Peru und Kolumbien in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fallen (Artikel 207 AEUV und Artikel 91 und 100 AEUV in Verbindung mit Artikel 3 Absatz 2 AEUV). Die Kommission bedauert deshalb den einstimmigen Beschluss des Rates, den Kommissionsvorschlag, der die Unterzeichnung des Übereinkommens allein durch die Union vorsah, dahin gehend abzuändern, dass es als gemischtes Übereinkommen von der Union und ihren Mitgliedstaaten unterzeichnet wird."

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE MAI 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Festlegung des Standpunkts der Europäischen Union für die achte Tagung des Stabilitäts- und Assoziationsrates EU-Kroatien (Brüssel, 6. Juni 2012) Dok. 10354/12 Schlussfolgerungen des Rates über den Dialog mit Georgien über Visumfragen Dok. 10377/12 Beschluss des Rates über den Antrag der Europäischen Union auf Änderung von Anhang III des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES) Dok. 9494/12 Erklärung der Kommission "Die Kommission begrüßt die Annahme des Ratsbeschlusses; sie bedauert indessen, dass der Rat hinsichtlich der Rechtsgrundlage von ihrem Vorschlag abgewichen ist." Schriftliches Verfahren vom 31. Mai 2012 Beschluss 2012/285/GASP des Rates vom 31. Mai 2012 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Republik Guinea-Bissau gefährdende Personen, Organisationen und Einrichtungen und zur Aufhebung des Beschlusses 2012/237/GASP Dok. 10285/12 ADD 1 REV 1 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 458/2012 des Rates vom 31. Mai 2012 zur Durchführung des Artikels 11 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 377/2012 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Republik Guinea-Bissau gefährdende Personen, Organisationen und Einrichtungen Dok. 10287/12 ADD 1 REV 1	